



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/23

23. Februar 1949

Der nächste Aufsatz erscheint am 25. Februar in der "Freiheit", Mainz und im "Neuen Vorwärts". Wir bitten, bei der Veröffentlichung dieses Datum einzuhalten. D.Red.

Frankreich und die SPD

Von Dr. Kurt Schumacher

Alle sind sich darüber einig, daß das Verhältnis zwischen den Franzosen und den Deutschen die Grundlage für eine Vereinigung Europas bilden muß. Aber geht es dann um die Verwirklichung, dann ist die Auseinandersetzung mit historischen und moralischen Argumenten belastet, die eine Einigung in weite Ferne zu rücken drohen. Die konkrete Diskussion löst sich in einem Kampf der Schemen auf.

Die Beiträge anderer Völker zu dieser Auseinandersetzung sind nicht immer glücklich. Sicher wäre auf dem Kontinent schon manche Frage der Klärung näher, wenn Sowjetrußland nicht vieles gestört und einiges vereitelt hätte. Das Unheil kommt zum Teil von dem Spielen mit der russischen Karte bei beiden Völkern. Die deutsche Sozialdemokratie hat die unbesonnenen und in ihrer Politik gar zu primitiven Elemente in ihrem eigenen Lande oft vor der verhängnisvollen Illusion gewarnt, daß die Deutschen die Möglichkeit einer Wahl zwischen Ost und West hätten. Diese Illusion bedeutet nach unserer Meinung bereits die Option für den Osten und gegen den Westen. Aber umgekehrt darf das Bekenntnis und das Eintreten für die Demokratie nicht eine selbstgewollte Unterwerfung unter die machtstaatlichen hegemonialen Ansprüche eines westeuropäischen Landes, auch nicht Frankreichs, in sich tragen. Wenn die Sozialdemokraten für die Kultur und die politischen Formen Westeuropas eintreten, dann optieren sie für ein demokratisches Deutschland in einem demokratischen Europa.

Es ist in jedem Falle möglich, Deutschland und Frankreich als feststehende Begriffe und als Potenzen zu betrachten, deren Inhalt sicher ist und die klar profiliert sind. Deutschland ist heute zerrissen. Seine Ostgebiete befinden sich in fremder Hand. Dreizehn Millionen Menschen sind vertrieben worden. Die Reparationen sind in einem Wettlauf der einzelnen Siegerländer oder neu entstandenen Staaten wahllos und unter dem Gesichtspunkt der sofortigen Heilung der Schäden des Hitlerkrieges entnommen worden. Über den Umfang der Entnahmen und die Berechnung ihres Wertes gibt es keine international sicheren und ehrlichen Berechnungen. Deutschland jedoch haftet als Ganzes für die Ansprüche der Sieger, die auch

als ein Ganzes zu betrachten sind.

Frankreich ist auch noch nicht für Gegenwart und Zukunft fest bestimmt. Das Land der vier gelungenen bürgerlichen Revolutionen ist demokratisch noch nicht wieder krisenfest. Das drückt sich vielleicht am stärksten in seinem Verhältnis zu Deutschland aus. Das Ergebnis ist, daß sich der französische wie der deutsche Nationalismus prorussisch im Sinne der Zielsetzung der sowjetischen Politik auswirken müssen. Jedes Volk, das die russische Karte spielt, kann sie nicht mehr aus eigenem Entschluß wegwerfen. Zum Schluß haben in diesem Spiel immer nur die Sowjetrussen beide alternativen Trümpfe in der Hand, das kommunistische Kreuz und das faschistische Kreuz. Seit mehr als anderthalb Jahrhunderten gibt es keinen deutschen Nationalismus ohne russischen Effekt. Es gibt heute aber in allen Ländern Europas keinen Nationalismus mehr ohne ähnliche Ergebnisse, mindestens die der Verwirrung und Störung, der Verhinderung des europäischen Zueinanderfindens. Die Sowjets fürchten weder Frankreich noch Deutschland, aber die Sowjets fürchten die gewaltige politische und moralische Abwehr- und Anziehungskraft Europas.

Man muß nun auf beiden Seiten wissen, ob man Europa will. Europa kann nicht einfach hegemonial geschaffen werden. Die österreichische und die deutsche Sozialdemokratie sind die ersten demokratischen Massenparteien europäischer Sozialisten, an die die kommunistische Woge vom Osten her herangerollt ist, ohne sie brechen oder demoralisieren zu können. Aber man kann nicht von einem Damm verlangen, daß er immer hält, wenn die Bewohner des Landes, die hinter diesem Damm leben, dauernd Kaulwurfsgänge in ihn hineintreiben.

Die Politik der Sicherheit schließt in sich die Antwort auf die Frage der Sicherheit vor wem. Die Besetzung in Deutschland aber bedeutet die effektive Kontrolle alles dessen, was geschieht und nach Meinung der Sieger zu geschehen hat. Aber Sicherheit, auch wenn sie vom Militärischen über das Politische zum Wirtschaftlichen vordringt, bedeutet nicht Verhinderung des Notwendigen.

Was von seiten der Deutschen heute als stärkste Scheidewand gegenüber Frankreich empfunden wird, sind nicht die Quader schwer fortzurückender Tatsachen oder handfester eindringlicher sachlicher Argumente. Es ist die Nebelwand der auf französischer Seite im Kern wohl ernst gemeinter, aber agitatorisch völlig deformierter Vorwürfe. Nun ist die Diskussion über die Remilitarisierung von außen her nach Deutschland hineingetragen worden. Positiv haben sich an der Aussprache in Deutschland nur die Kreise der Christlich-Demokratischen Union beteiligt. Besonders ungeschickt militaristisch führen sich gerade solche Blätter und Personen auf, die entweder in der französischen Zone residieren oder als Träger einer entschieden profranzösischen - d.h. bei deutschen Reaktionen immer antidemokratischen und gaullistischen Politik - anzusehen sind. Die deutschen Sozialdemokraten glauben nicht, daß die Politik der Verhinderung der deutschen oder auch nur westdeutschen staatlichen und ökonomischen Organisation für irgend jemand von Nutzen ist. Bei der Schaffung der Trizone gibt es wenige Gesetze, die die französische Zustimmung finden. Die Durchführung des Marshallplans für Westdeutschland kann durch die möglichst

größte Absentierung der französischen Zone nur gefährdet werden. Das Vetorecht einer einzelnen Besatzungsmacht hat am russischen Beispiel für Deutschland und Berlin und für die Alliierten einen bitteren Beigeschmack. Der deutsche Wunsch, Westberlin als zwölftes Land des westdeutschen Bundesstaates zu sehen, kann gewiß zu besorgten Überlegungen wegen des Verhältnisses zu Rußland führen. Aber die Erfahrung hat gelehrt, daß diese Bedenken eine ungewollte Aufmunterung für den politischen Eroberungswillen der Russen bedeuten. Aber es ist zu spüren, daß man durch die Einbeziehung Berlins die sozialdemokratische und damit, wie man meint, zentralistischen Tendenzen in Westdeutschland übermächtig zu machen fürchtet. Die Auseinandersetzung um das Besatzungsstatut, die Tendenz, einer kommandierenden westdeutschen Regierung eine möglichst geringe Arbeitsfähigkeit zuzubilligen, das Fehlen jedes deutschen Richters im obersten Schiedsgericht, bringen nicht Sicherheit, sondern Entfremdung.

Ein erleichtertes Aufatmen ging durch das deutsche Volk, als der französische Außenminister Schuman die deutsche Einheit bejahte. Aber de Gaulle sagte das Gegenteil, und auch er ist eine Realität, gerade in der Praxis des täglichen Besatzungslebens. Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, anzunehmen, daß schlechte Deutsche gute Europäer werden könnten. Die opportunistischen Jasager zu einem Europa, das die einzelnen deutschen Länder und Stämme als unmittelbare Bestandteile der europäischen Ordnung behandelt, sind die Ergebnisse der katastrophalen Niederlage, aber nicht der Einsicht, sind ohne Wert und Gewicht, können die Deutschen nicht verpflichten, sondern nur Europa und die internationale Zusammenarbeit bloßstellen. Die deutsche Sozialdemokratie kann, wie jede andere sozialistische Partei Europas auch, das eigene Volk nicht verneinen, um international zu sein. Selbstpreisgabe ist kein Weg zur Internationalität. Die Bejahung der Nation schafft die internationale Zusammenarbeit und die internationale Gesinnung.

Nun hat Léon Blum, der vor allen anderen das Recht hat, in Deutschland gehört und beachtet zu werden, sich an die deutsche Sozialdemokratie gewandt. So haben wir wenigstens aus Presse und Radio entnehmen können. Mit Recht hat er auf die große moralische und politische Leistung der französischen Sozialisten hingewiesen, die zweimal gegen die Stimmung ihres eigenen Volkes für eine vernünftige und menschliche Beurteilung der Deutschen gekämpft haben. Das dankbar anzuerkennen, hat das ganze deutsche Volk allen Grund. Aber man kann nicht das Ruhrstatut damit in Parallele bringen. In dem Deutschland von heute ist das Ruhrgebiet das letzte Stück industriellen Nationalvermögens, nachdem Oberschlesien, die Sowjetischen-Aktien-Gesellschaften in Mitteldeutschland und die Saar der Mitbestimmung und der Mitnutznutzung der Deutschen entzogen sind. Die Aussprache ist in der Gefahr, daß beide diskutierenden Teile über verschiedene Dinge reden. Die Verpflichtung zur Gewährung ausreichender Sicherheiten an Frankreich und zur Leistung von Reparationen ist von der deutschen Sozialdemokratie grundsätzlich dokumentarisch und durch Beschlüsse anerkannt worden. Man kann

über Umfang und Dauer, z.B. von Reparationsleistungen, streiten, aber man kann nicht den guten und eindeutigen Willen der Sozialdemokratie negieren. Man kann auch nicht bestreiten, daß aus der deutschen Substanz bereits außerordentliches geleistet worden ist. Doch machen weder Sicherheitsbedürfnis noch Reparationsansprüche das Ruhrstatut in seinem jetzigen Inhalt und seiner heutigen Form notwendig oder auch nur nützlich. Seit 1945 bejaht die deutsche Sozialdemokratie die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets bezüglich der Verwendung seiner Produktion. Sie hat aber stets eine internationale Verwaltung als einseitig machtpolitisch abgelehnt. Sie hat damit und mit ihrem Wunsch auf deutsche wie auf internationale Sozialisierung die Zustimmung der Wiener Internationalen Sozialistenkonferenz vom 4. bis 7. Juni 1948 gefunden. Damals waren auch die Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten bezüglich der Ablehnung der internationalen Verwaltung auf dem grundsätzlich gleichen Standpunkt. Das Ruhrstatut aber gefährdet die Entwicklung zur Internationalisierung. Und selbst was heute unter unerfülllichen Schwierigkeiten an internationalen Tendenzen entwickelt werden könnte, schließt die Gefahr nicht aus, an die Stelle deutscher Kapitalisten internationales Kapital zu setzen. Das alles ist umso mehr von gefährlicher Ungeklärtheit, als das Statut der Ruhrbehörde das Recht gibt, die deutsche Wirtschaft und die Lebenshaltung der arbeitenden Menschen auch außerhalb des Ruhrgebiets zu bestimmen. Das ist eine entscheidende Erschwerung des Staatslebens in einer neuen deutschen Demokratie.

Eine andere Politik als die Politik der sofortigen und permanenten Bemühungen um Revision des Ruhrstatuts und seine Ersetzung durch einen Plan höherer sozialistischer Ordnung ist für die deutsche Sozialdemokratie nicht denkbar. Damit handelt die Sozialdemokratische Partei deutsch und europäisch, demokratisch und sozialistisch.

Man sollte nicht den entscheidenden Fehler wiederholen, die ersten Kämpfer gegen ein bankrotttes System mit den Sünden dieses Systems so schwer zu belasten, daß sie zusammenzubrochen drohen, um dann später unter dem Zwang der Entwicklung den Schuldigen an Europas Unglück die Erleichterungen zu gewähren, die man den demokratischen Kräften des Friedens verweigert hat.

Das Kardinal-Hindernis

(sp) Bei den Bonner Verfassungsarbeiten machte sich in der Frage des Elternrechts und des Konkordats die CDU/CSU lange Zeit zum Sprecherin der katholischen Bischöfe. Während sich die evangelische Kirche zurückzieht, weilt der Beauftragte des Kölner Erzbischofs und Kardinals Josef Frings, Erzbischof Böhler, oftmals im Parlamentarischen Rat, um die Forderungen seiner Kirche durchzusetzen. Erst nachdem der zum Zustandekommen des Grundgesetzes notwendige Kompromiss durch dieses Problem bedroht wurde, steckte die CDU/CSU ihre Ziele zurück, wobei es Dr. Adenauer viel Mühe und Geschicklichkeit gekostet hat, die katholischen Bischöfe wenigstens von der ultimativen Form ihres Verlangens abzubringen. Aber es scheint so, als würde ihm der Eintritt Kardinal Frings in die CDU noch grossen Kummer bereiten. Was zunächst eine höchst erfreuliche Erwerbung erschien, erweist sich mehr und mehr als störendes Hindernis.

Die Vorgänge um Elternrecht und Reichskonkordat bringen dies deutlich zum Ausdruck. Da aber Dr. Adenauer nicht gesonnen scheint, seinen Einfluss in der Partei zugunsten irgendeines anderen - und sei es eines Kardinals - einzuschränken, suchte Frings einen Helfer und fand ihn in der Person des Kultus- und Justizministers von Rheinland-Pfalz, Dr. Süsterhenn, der in der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates die Aufgabe des Elternrecht-Spezialisten hat. Wie zur Bekräftigung dieser Ausführungen erschien im "Rheinischen Merkur", einer Zeitung, auf die Dr. Süsterhenn den massgeblichsten Einfluss ausübt, ein Leitartikel, der die Forderungen der katholischen Kirche wiederholt und unter Umständen mit der Ablehnung des Grundgesetzes durch die Kirche droht. Im gleichen Artikel - und das ist das Bemerkenswerte - konnte man eine für dieses CDU-Blatt ungewöhnliche Aufforderung lesen: "Die Christen werden sich in einem Akt der Selbstbesinnung darüber klar werden müssen, wie es zu dieser Niederlage (Verzicht auf Elternrecht und Konkordat) kommen konnte. Dabei dürfen sie nicht davor zurückschrecken, Kritik an ihrer eigenen politischen Repräsentation zu üben." Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, dass unter der politischen Repräsentation Dr. Adenauer verstanden werden muss, den man auf diese Weise langsam aus seiner Position schieben will; vielleicht, damit ein Mann wie Dr. Süsterhenn, der ein folgenschwerer Sohn der katholischen Kirche ist, Erbe seiner Macht wird. Für die protestantische Wählerschaft der CDU ergibt sich die Frage, ob unter solchen Umständen der Begriff Union im Namen und Programm dieser Partei noch zu recht besteht. (ths/232/B/1/he)

Sonderstatut für Kehl

(sp) François-Poncet, der Beauftragte des französischen Ausserministeriums für die französische Zone, hat vor kurzem zugesagt, dass Kehl deutsch bleiben werde. Neuesten Meldungen zufolge befassen sich nun Delegierte der drei Westmächte mit der Ausarbeitung eines Sonderstatuts für diese Stadt. Wie dieses Sonderstatut aussehen wird, ist noch nicht bekannt; es kursieren zwei Versionen, wobei die erste eine getarnte Annexion Kehls andeutet, die zweite sie dementiert. Korrespondentenberichte sprechen ferner von Kehl als von einem Frischobjekt bei den Dreier-Beratungen um das Besatzungsstatut. Ob getarnt oder offen - eine Annexion wäre in

jedem Fall keine konstruktive Lösung und auch das Odium eines "fauschobjekts" würde eine starke Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses darstellen.

Der Fall Kehl ist symptomatisch für viele ähnliche Grenzprobleme. Vor dem Kriege lebten in dem jetzt zu etwa 60 Prozent zerstörten Kehl 13.000 Deutsche, heute 9.000 Franzosen. Am Kinzigufer stehen französische Posten, die darauf zu achten haben, dass kein Kehler, der in den Nachbardörfern ungeschützt ist, die "verbotene Stadt" betritt. Einem englischen Journalisten erklärte man, dass die Besetzung nur vorübergehend gedacht sei, freilich könne dieses "Vorübergehend" 30 Jahre dauern. Kehl war der bedeutendste deutsche Kohlenumschlagshafen nach der Schweiz, nach Italien und Österreich, also ein unentbehrlicher Devisenbringer. Die Hafenanlagen zählten zu den modernsten Europas. Nach dem Zusammenbruch wurden die Anlagen zum Teil nach Frankreich überführt, zum Teil wurden sie französisches Eigentum; auch das Privateigentum der Bürgerschaft wurde nach einer Anordnung im "Journal Officiel" unter Zwangsverwaltung gestellt. In Strassburg gründete man eine französische Rheinschiffahrtsgesellschaft (CFNR) und Kehl, als wichtiger Außenposten Strassburgs, wurde "sequestriert". Der Schlußstrich wurde Ende 1948 gezogen, als Frankreich unter der Begründung der Dekartellisierung 300.000 Rheinschiffahrtstonnage mit einer Schlepptkraft von 45.000 PS beschlagnahmte. Damit war die gesamte Schifffahrt des Oberrheins und der Kohlenhandel in französischen Händen. Für die deutsche Wirtschaft ist der Hafen von Kehl von grosser Bedeutung, eine befriedigende Lösung wird sich nur erzielen lassen, wenn man die beiderseitigen Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigt. Strassburg ist als kommende Hauptstadt des Europäischen Rates nominiert worden, deshalb darf der europäische Gedanke nicht schon vor den Toren der neuen Hauptstadt Schiffbruch erleiden. Es wäre z.B. eine klärende Geste und würde wesentlich zur psychologischen Bereinigung beitragen, wenn man den evakuierten Kehlern heute schon die Heimkehr erlaubte.

10 -

Man schreibt uns:

Saboteur Hennecke verhaftet

Aus Zwickau kommt eine sensationelle Nachricht: Dem 73-jährigen Kumpel August Bemmchen ist es gestern gelungen, eine Methode zu erfinden, bei der für die Förderung von einer Tonne Steinkohlen überhaupt keine Zeit mehr gebraucht wird! Als Bemmchen am Ende der Schicht, in der er ohne jede Anknüpfung dieses Verfahren erstmals angewendet hatte, die Grube verlies, brachen die zufällig anwesenden über zehntausend Funktionäre der SED, der anderen Blockparteien, des Demokratischen Frauenbundes, des Kulturbundes, des Roten Schülerbundes und der übrigen demokratischen Massenorganisationen in frenetischen Jubel aus. Der ebenfalls zufällig anwesende Genosse Fritz Solwansky von der sowjetdeutschen Wirtschaftskommission hielt eine erkenntnistheoretisch und geschichtsphilosophisch tief fundierte Rede, in der er Bemmchen als bedeutendes Vorbild des klassenbewussten Proletariats feierte. Solwansky erklärte: Durch die heroische und beispielgebende Tat Bemmchens sei das Kohlenproblem der Sowjetzone gelöst! Jetzt fehle nur noch ein Bemmchen der Stahlindustrie, der ein Verfahren erfinde, um Bleche, Drähte, Träger, Schienen usw. ohne Eisen oder Stahl zu walzen. Befragt, wie Bemmchen zu seiner Methode gekommen sei, erklärte

. 7 .

dieser schlicht: "Ich habe mir immer so über die niedrigen Brozente bei den Aggidividen geirrt und habe mir gedacht, es müsste doch noch eine bessere Methode g'hu... Da'ch seit meiner Ärschten Juchend marxistisch-leninistisch-scht-linisch geschult bin, fiel es mir nach einer Woche intensiv'n Nachdengens nich schwer, diese Methode zu entwickeln. Es war ganz einfach!"

Nach einer Tass-Meldung hat Generalissimus Stalin auf Vorschlag von Marschall Sokolowski geruht, zu befehlen, dass in Anerkennung der heroischen Leistung des Kumpels August Bemmchen die Stadt Zwickau in Bemmchenowgrad und das Land Sachsen in Bemmchenistan umbenannt wird.

Durch unvorsichtige Anwendung der Bemmchen-Methode ereignete sich in Bemmchenowgrad ein schweres Bergwerksunglück. Der Kumpel Emil Gutzschebauch, dem es als erstem gelang, die Methode Bemmchens zu übernehmen, förderte gestern soviel Steinkohle, dass am Rade seiner Schicht die Grube bis oben hin voll ausgefüllt war. Da für den Abtransport der Kohle bisher leider noch keine Bemmchen-Methode gefunden werden konnte, ist mit den bisher üblichen Mitteln für den Abtransport dieser Menge eine Zeit von zweieinhalb Jahren erforderlich. Der durch die Kohlenmassen im Bergwerk eingestülssene Kumpel Gutzschebauch muss infolgedessen leider verhungern. Die Landesregierung von Bemmchenistan omnietete Landestrauer an, die in der Einlegung einer Sonderschicht in sämtlichen Betrieben in Bemmchenistan besteht.

Der Bergmann Adolf Hennecke wurde gestern von Personen in ausländischer Uniform mit grünem Mützenrand, die sich einer fremden Sprache bedienten, verhaftet. Wie verlautet, wird ihm Sabotage vorgeworfen. Nach der Leistung August Bemmchens müsste jeder verstehen, dass die von Hennecke geförderte Menge weit hinter dem zurückbleibe, was ein wirklicher Aktivist bei auch nur einigermassen gutem Willen zu leisten vermöge. Die Werktätigen Bemmchenowgrads strömten spontan vor dem Rathaus zusammen, um ihrem Abscheu vor dem Saboteur Hennecke und ihrer unwandelbaren Treue zur progressiven Bemmchen-Bewegung Ausdruck zu verleihen. Mit einem Hoch auf Generalissimus Stalin, die Sowjetunion und die Reparationslieferungen endete die Kundgebung, die als ein Markstein in der Geschichte der Sowjetunion angesehen werden darf.

Norman Thomas zur Sozialisierung

(sp) Der Vorsitzende der sozialistischen Partei Amerikas, Norman Thomas, sandte ein Telegramm an Präsident Truman, in dem er der amerikanischen Regierung vorwarf, durch ihr Veto die Sozialisierung Hassens zu vereiteln und damit die Bergwerke und Stahlwerke den früheren Besitzern in die Hand zu spielen.

Generalmajor Harry H. Vaughan erwiderte für Präsident Truman, dass "die Frage der 'Sozialisierung versus freies Unternehmertum' den Deutschen zur Entscheidung überlassen wird und dass, wo die Wichtigkeit eines Unternehmens die Ländergrenzen übertrete, jede Entscheidung zur Sozialisierung dieses Unternehmens von einem Gremium ausgeht werden muss, das das gesamte deutsche Volk repräsentiert. General Vaughan hob hervor, es sei die Ansicht

der Militärregierung, dass "eine deutsche Bundesregierung nicht erfolgreich sein kann, wenn die verschiedenen Länder, aus denen sich die Regierung zusammensetzt, eine verschiedene Wirtschaftspolitik betreibt."

In seiner Antwort an Präsident Truman betont nun Norman Thomas, dass das Ruhrstatut besagt, "es wird keine Form des Eigentums zugelassen, die eine aussergewöhnliche Konzentration beinhaltet." Er fügt hinzu, dass "die französischen Politiker in der Sozialisierung der Industrie durch eine deutsche Zentralregierung eine solche Konzentration erblicken." Es sei ausserdem klar, dass es eine Reihe von Stellen in der amerikanischen Militärregierung gibt, die damit "bereinstimmen. Thomas kommt dem zu folgendem Ergebnis:

"Wenn die Sozialisierung der Industrie durch die einzelnen Länder verboten ist mit der Begründung, dass diese Frage zur Kompetenz einer Zentralregierung gehöre, während die Sozialisierung durch eine Zentralregierung verhindert wird, weil sie zu einer Übergrossen Konzentration führe, dann hat die Feststellung, dass die Deutschen ein Recht hätten, ob sie sich für eine Sozialisierung entscheiden würden oder nicht, wenig Bedeutung."

Entkommen aus zwei HölLEN

(sp) Margarete Eber-Neumann hat im Verlag Der Zwölf, München, den Erlebnisbericht "Als Gefangene bei Stalin und Hitler" veröffentlicht, ein politisch ungewöhnlich aufschlussreiches und menschlich ergreifendes Werk.

Die Verfasserin war seit 1921 Mitglied der Kommunistischen Partei. Sie wurde die Lebenskameradin Heinz Neumanns, emigrierte mit ihm 1935 in die Sowjetunion und wurde neun Monate nach seiner Verhaftung ihrerseits durch die NKWD festgenommen.

Um den Bericht richtig zu würdigen, muss man einige Hintergründe kennen, die in dem Buch selbst nur andeutungsweise sichtbar werden. Heinz Neumann gehörte immer zum engsten Zirkel der Kominternführer. Er galt als Stalins besonderer Liebling, als sein "junger Mann", Geboren 1902, kam er schon als 19jähriger zur Kommunistischen Partei und spielte sich sehr schnell in ihre vorderste Reihe. Er war ungewöhnlich intelligent und sprachbegabt, wurde 1927 Vertreter der Komintern nach China geschickt, wo er den berühmten berückelichten Kantoner Aufstand gegen die Koumintang inszenierte. 1930 Mitglied des Reichstages, Chefredakteur der "Roten Fahne", des Zentralorgans der KP, Mitglied des ZK und des Politbüros. Im September 1931 geriet er in Konflikt mit dem offiziellen Führer der KP, Ernst Thälmann, wurde aus der deutschen Führung entfernt und als Kominternvertreter nach Spanien geschickt. Dass es Neumann gewagt hatte, ohne Stalins ausdrücklichen Befehl zu emigrieren, wurde ihm und seiner Frau zum Verhängnis, als 1936/37 im Zusammenhang mit den Moskauer Prozessen die "grosse Reinigung" einsetzte. Er wurde liquidiert wie tausende anderer führender Kommunisten.

Über Gestapo-Methoden und deutsche KZs gab es bereits seit 1934 vor allem im Ausland eine reichhaltige Literatur. Aber unsere Kenntnisse über die russischen Konzentrationslager stützten sich bisher meist auf Aussagen aus zweiter und dritter Hand. Die aussergewöhnliche Bedeutung dieses Buches liegt gerade in dem Umstand, dass uns hier von einer Beteiligten selbst unmittelbar Aufschluss gegeben wird. Das geschieht überzeugend und mit seltener Beobachtungsgabe. Nichts spricht dafür, dass die zur täglichen Routine der NKWD gehörenden Methoden auch nur um Nuancen weniger grausam waren - und sind - als die der Gestapo. S.N.